

Darßbahn: Für Pruchten Fluch statt Segen

Seit zehn Jahren kämpft die Gemeinde gegen die Wiederbelebung der Strecke und fühlt sich von der Politik nicht ernst genommen. Jetzt kam der Vorpommern-Staatssekretär Patrick Dahlemann zum Gespräch.

„Das wir so abgebügelt werden, hätte ich nicht geglaubt“, sagt der Pruchtener Bürgermeister, Andreas Wieneke, mit Blick auf das Gerichtsurteil. Das Oberverwaltungsgericht Greifswald hatte am 18. Juni die Klage der Gemeinde Pruchten gegen die Darßbahn zurückgewiesen. „Man beruft sich da auf ein Eisenbahngesetz von anno Knips. Das ist nicht nachvollziehbar. Wir haben nicht mehr 1910. Die Leute sind mittlerweile alle mobil und die Situation auf den Straßen ist eine ganz andere.“

Denn während die Gemeinde der Auffassung war, dass es sich beim Streckenabschnitt zwischen Barth und Bresewitz um einen Neubau handelt und somit eine umfängliche Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig sei, teilte das Gericht die Auffassung des Eisenbahn-Bundesamtes und der Usedomer Bäderbahn (UBB), dass die Strecke lediglich wieder in Betrieb genommen wird.

Während das Urteil von den Befürwortern gefeiert wird, ist es für die Pruchtener ein Schlag ins Gesicht. Seit zehn Jahren kämpfen sie gegen die Wiederbelebung der Strecke. Am Dienstagabend kam der Vorpommern-Staatssekretär Patrick Dahlemann nach Pruchten. „Wir versuchen, seit zehn Jahren Kontakt mit der Politik zu bekommen, haben schon unendlich viele Briefe geschrieben, aber bisher entweder gar keine Antwort bekommen oder nur gehört, dass kein Redebedarf besteht“, sagt Andreas Wieneke.

Auch bei Patrick Dahlemann sei es bisher bei Versprechungen geblieben, bis Dienstag. Rund zwei Stunden sprachen die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem SPD-Politiker über ihre Sorgen und die Forderungen, die sie an die Landesregierung haben, und schauten sich auch die „Baustellen“ vor Ort an, die durch die Darßbahn entstehen würden.

Kein schlüssiges Verkehrskonzept

Denn die Gemeinde fürchtet unter anderem, die Kosten von knapp 500 000 Euro am Bau von Bahnübergängen tragen zu müssen. „Das können wir als kleine Gemeinde alleine nicht stemmen“, sagt der Bürgermeister. Zumal das nicht die einzigen Kosten wären. Der europäische Radweg sei viel zu nah an der Bahnstrecke und müsste verlegt werden, ebenso wie einige Straßen in Pruchten. „Wer soll das bezahlen?“, fragt Andreas Wieneke, der allerdings auch eines klar stellt. „Es geht uns nicht vorrangig ums Geld. Wir wissen, dass wir zahlen müssen, wenn die Darßbahn kommt. Das größte Problem ist aus unserer Sicht, dass es kein Verkehrskonzept gibt. Wenn hier überall die Schranken runtergehen, möchte ich sehen, wie das funktionieren soll.“ Statt die Region durch die Darßbahn zu entlasten, würde sie belastet. „Wir versuchen, gerade Anschluss zu bekommen, sind stattdoch anerkannter Erholungsort und dann kriegen wir das Verkehrsproblem und werden dadurch wieder zurückgeworfen. 26 Mal am Tag sollen hier die Schranken runtergehen“, sagt der Bürgermeister.

Ein weiterer Kritikpunkt seien die Kosten, die auf rund 115 Millionen geschätzt werden. „Wir gehen sogar von 250 Millionen aus“, sagt Andreas Wienecke. „Im Verhältnis zu den Kosten erschließt sich die Sinnhaftigkeit nicht. Zumal es keine Gesamtlösung für die Tourismusregion ist und nur einzelne profitieren“, sagt auch der stellvertretende Bürgermeister, Peter Holtfreter.

Denn es sei nach wie vor nicht geklärt, wie die Urlauber von Zingst beispielsweise weiter nach Prerow oder Dierhagen kommen. Und auch das viel größere Problem, die Tagesgäste weg von der Straße zu bekommen, werde mit der Darßbahn nicht behoben. „Wir sollten stattdessen eine Busspur rund um den Bodden bauen. Ein Kilometer Busspur kostet eine Millionen Euro“, erklärt Andreas Wieneke. Wenn die Urlauber dann noch mit ihrer Kurkarte kostenlos Bus fahren könnten, würde man viel mehr Verkehr von der Straße holen.

Patrick Dahlemann zeigte sich nach dem Termin in Pruchten zuversichtlich. „Die Pruchtener haben ganz konkrete Hinweise, Wünsche und Forderungen und dazu gilt es im Gespräch zu bleiben.“ In der Gemeinde am Bodden hofft man, dass den Worten auch Taten folgen und dass die Landesregierung ernsthaft über die Vorschläge berät. „Sie sollten einfach mal über Alternativen nachdenken“, sagt Andreas Wieneke. Und auch wenn bei Gericht eine Revision nicht möglich sei, prüfe ein Anwalt derzeit, was es noch für Möglichkeiten gebe. „Ich habe immer gesagt, wir gehen bis zum Weißen Haus und noch ein Haus weiter und dabei bleibe ich.“